gehöriges Stück Opportunismus. Und weil ich mir weit mehr Kritik hätte erlauben können als andere, empfinde ich wahrscheinlich mehr Schuld als andere.“ Schon als junger Mensch hatte er sich, in einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen – sein Vater war SPD-Abgeordneter im Kaiserreich –, dem Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis anvertraut und war darum als Primaner 1932 – nicht 1933 – 1932 von der Schule entlassen worden und hat das NS-Reich im wesentlichen im Zuchthaus verbracht – 12 Jahre. Nun stand er als alter Mann vor dem totalen Scherbenhaufen dessen, was er ein Leben lang glaubte und verwirklichen wollte. Wenn ein solcher Mensch sich dann so äußert – Ehre dem Andenken Horst Sindermanns.

Zum Schluß: „Es sind Letzte, die werden die Ersten sein“, sagt Jesus (Lk 13). Wir waren uns am Anfang der siebziger Jahre ein einziges Mal begegnet. Wie mir der Bischof einer Landeskirche in der DDR schon vorher mitteilte, sollte er meinen Synodalvortrag abhören und dann seinen Oberen berichten, was der Feind der DDR, als solcher galt ich spätestens seit 1968, wie er mir viel später schrieb, gesagt habe. Wenig später forderten die Räte der Bezirke von Magdeburg und Halle von der Kirchenleitung meine Entlassung als Dozent an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg, wenn auch ohne Erfolg. 1990 trafen wir uns zufällig bei einer Tagung wieder. Er war seit 1972 die Funktionärsleiter sehr hoch empor geklettert und 1990 entsprechend abgestiegen. Ich: „Wir kennen uns doch, Herr ...“ Er: „Mensch, Johannes Hamel, daß ich Sie in diesem Leben noch einmal sehe, ist mir eine ungeheuere Freude. Ich schäme mich vor Ihnen.“ Antwort: „Und ich mich vor Ihnen.“ Und dann haben wir in den nächsten Tagen lange miteinander gesprochen, vor allem über meinen Satz, denn wie wenig, wie ungenügend, wie halbherzig habe ich gemäß dem Satz Gustav Heinemanns gedacht, gesprochen und gehandelt: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** In Absprache mit dem Leiter der Vorbereitungsgruppe möchte ich den nächsten Referenten bitten, weil wir dann eine Chance haben, in etwa zumindest im Zeitrahmen zu bleiben. Ich bitte Herrn Prof. Beintker ums Wort.

**Prof. Dr. Michael Beintker:** Herr Landtagspräsident, Herr Vorsitzender, ich habe gegenüber dem ausgedruckten Thema eine leichte Variation, die auf eine Vorabsprache zurückgeht, vorgenommen. Ich werde weniger über die Barmer Theologische Erklärung sprechen, vielmehr über das Verhältnis zwischen der Stuttgarter Schulderklärung und dem Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche. Und ich werde methodisch so vorgehen, daß ich zunächst die deutschlandpolitischen Optionen, die schon angefragt waren, in den knapp 45 Jahren des Nachkriegsprotestantismus in Deutschland untersuche. Mir ist dabei deutlich geworden, daß man hier nicht nur von den Kirchen in Ostdeutschland sprechen kann, sondern im Grunde ein

gesamtdeutsches Thema vor sich hat. Ich beabsichtige natürlich keinen Enquetebeitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit der EKD.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konstituierte sich der deutsche Protestantismus in der Evangelischen Kirche in Deutschland als Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen. Nach innen föderalistisch gegliedert, verstand sich, wie Herr Jüngel schon deutlich machte, die EKD als Band und als Sprecherin der evangelischen Christenheit in den vier Besatzungszonen und dann in den beiden deutschen Staaten. Relativ rasch geriet sie zwischen die Fronten des Kalten Krieges und des sich immer mehr zuspitzenden deutschlandpolitischen Konflikts. Die damit gegebenen Zerreißproben haben schwer auf ihr gelastet. In ihren Verlautbarungen während der fünfziger Jahre hat sich die EKD immer bemüht, ihr öffentliches Wort kritisch sowohl an den Osten als auch an den Westen Deutschlands zu richten. Daß dieses Wort im Hinblick auf die Verhältnisse in der DDR weitaus kritischer ausfallen mußte, lag in der durch die SED-Politik geschaffenen schwierigen Lage im Osten Deutschlands begründet.

Der SED-Optik galt die EKD als religiöser Stoßtrupp des imperialistischen Klassenfeindes, und das erst recht, als die EKD im Jahr 1957 den Militärseelsorgevertrag mit der Regierung Adenauer abgeschlossen hatte und damit eindeutig als Partnerin des gegnerischen Verteidigungsbündnisses, propagandistisch „NATO-Kirche“ genannt, verstanden werden mußte. Dennoch hat die EKD bis zum Mauerbau ihren organisatorischen Zusammenhalt, und bis zum Jahre 1968 – dem Jahr der Inkraftsetzung der neuen DDR-Verfassung und der mit dieser Verfassung motivierten Vorbereitung der Gründung eines eigenen Kirchenbundes der östlichen Gliedkirchen – wenigstens ihre rechtliche Einheit bewahren können. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach blieb sie erstaunlich lange die „Klammer der evangelischen Christenheit“ im gespaltenen Deutschland. Über mehr als zwei Jahrzehnte bildete sie tatsächlich die einzige funktionierende gesamtdeutsche Großorganisation. Die besondere, nunmehr partnerschaftlich verstandene, Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland ist dann in Artikel 4,4 der Grundordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR festgeschrieben worden, sehr zum Ärger des auf komplette Westabgrenzung bedachten sozialistischen Staates. Für die 40jährige Dauer der deutschen Teilung haben weder die EKD noch dann die EKD und der Bund Evangelischer Kirchen eigene deutschlandpolitische Konzepte ausgearbeitet. Darin sahen sie eine genuine Aufgabe der Politik. Wohl aber haben sie zeitbezogene deutschlandpolitische Optionen entwickelt, von denen sie sich politikbestimmende Wirkungen erhofften. Ich sehe im Grobraster vier Optionen:

Option 1, aufrechterhalten bis zum Mauerbau, votierte nachdrücklich für die politische Einheit des deutschen Volkes. In dieser Zeit beschäftigten sich mehr als die Hälfte aller offiziellen Äußerungen mit der als Unglück empfundenen

Spaltung Deutschlands. Der Grundtenor läßt sich so beschreiben: Die gegenwärtige Trennung ist Folge deutscher Schuld, aber für die Festigung des Friedens mit den Nachbarn und des Friedens mit sich selbst braucht das deutsche Volk die volle staatliche Einheit. Deshalb ist alles zu unterlassen, was die Systemgegensätze in Deutschland unüberwindlich werden läßt. Die Stimmen derer, die sich aus diesem Grund für eine Blockfreiheit Westdeutschlands einsetzten und vehement die Wiederbewaffnung und schließlich die Integration in die NATO ablehnten, repräsentierten freilich nur einen beachtlichen Ausschnitt des Meinungsspektrums der EKD.

Option 2 dürfte als repräsentativ für die Zeit von 1961 bis etwa 1979/80 gelten. Sie läßt sich so stilisieren: Mit dem 13. August 1961 war die Hoffnung auf eine absehbare Wiedervereinigung gescheitert. Die Teilung muß als Ergebnis der deutschen Schuldgeschichte angenommen werden, denn die Erhaltung des Friedens ist wichtiger als die deutsche Wiedervereinigung. Die Härte der Teilung muß jedoch durch graduelle Öffnung, durch wirksame Schritte der Entspannung, durch menschliche Begegnungsmöglichkeiten und Erleichterungen gelindert werden. Das Ziel ist jetzt: Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten und Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Mit den großen Denkschriften der sechziger Jahre hat die EKD die westdeutsche Politik in Richtung „Wandel durch Annäherung“ ermutigt. Darin sprach sie auch für die Menschen in der DDR, die von der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt – Scheel Rückwirkungen auf eine Verbesserung der Verhältnisse auch in der DDR erwarteten. Die Begeisterung für Willi Brandt hier in Erfurt ist anders überhaupt nicht zu erklären. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sich seinerseits von der Honeckerschen Doppelstrategie „Entspannung nach außen mit verschärfter deutschlandpolitischer Abgrenzung nach innen“, wobei die Abgrenzung nicht finanzpolitisch verlief, nicht vereinnahmen lassen. Er setzte – darin völlig konform mit der Schwesterkirche – auf Austausch, auf Begegnungen, auf den Transfer von Ideen und Literatur. Das erfolgte aufgrund der schwierigen äußeren Bedingungen zwar verhalten, aber alles in allem höchst wirksam. Nach innen hob der Bund seine organisatorische und rechtliche Eigenständigkeit hervor und entwickelte im Zusammenhang mit seiner Gründung die Strategie einer „Einwanderung“ in die sozialistische Gesellschaft in der DDR – mit dem schwierigen Balanceakt zwischen den Extremen der Verweigerung und der Anpassung.

Option 3 profilierte sich auf dem Hintergrund der Nachrüstung und der neuen Furcht vor den Folgen der Destabilisierung des atomaren Gleichgewichts und war gültig für die achtziger Jahre bis zum Fall der Mauer. Die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Wie in der Politik war sie allenfalls im Rahmen eines sich auf mehrere Jahrzehnte erstreckenden gesamteuropäischen Einigungsprozesses vorstellbar. Ihre besondere Verantwortung sahen die evangelischen Kirchen im Osten und

im Westen Deutschlands darin, die Politik der Sicherheitspartnerschaft und der gradualistischen Abrüstung zu unterstützen, und dies sowohl in Richtung Osten wie in Richtung Westen zur Geltung zu bringen. Hierfür beispielhaft sind die gemeinsam abgegebenen Erklärungen der EKD und des Kirchenbundes zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs 1979 – es war nach der Trennung, nach der rechtlichen Trennung, die erste gemeinsame öffentliche Erklärung – und zum 40. Jahrestag seines Endes von 1985. Das Bewußtsein für das gemeinsame Sicherheitsinteresse führte einerseits zu einer Relativierung der Systemgegensätze – die Erhaltung des Friedens, so konnte gesagt und argumentiert werden, sei wichtiger als der Streit um die Vorzüge und Schattenseiten der jeweils leitenden Gesellschaftskonzepte – und andererseits zu einer Verklammerung des Rüstungsproblems mit der Ungerechtigkeit des Nord-Süd-Gefälles und der ökologisch immer bedrohlicheren Vernutzung der Ressourcen. Fragestellungen, wie sie etwa im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zum Ausdruck kamen und das Thema Gerechtigkeit dann auch auf die Verhältnisse in der DDR kritisch anwandten.

In der Phase des Zusammenbruchs der DDR erwuchs daraus partiell eine vierte deutschlandpolitische Option, die allerdings wenig Resonanz fand, aber doch unbedingt erwähnt werden muß, weil sie möglicherweise auch Aufschlüsse über das gibt, was tatsächlich unter „Kirche im Sozialismus“ verstanden worden ist. Da die Zukunft nicht der industriellen Wachstumsgesellschaft eines ungezügelten Kapitalismus gehöre, sondern das Überleben der Menschheit von der gerechten Verteilung der Güter und der Schonung des natürlichen Lebensraums abhängig sei, sollte die Chance ergriffen werden, eine aus der friedlichen Revolution hervorgegangene neue DDR als eine soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft freier Bürger aufzubauen. Genaugenommen scheiterte diese Vorstellung am breiten politischen Votum der Ostdeutschen für eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Für die Turbulenzen, die intern bis heute anhalten, ist sie sicher noch von Gewicht.

Unübersehbar taucht in den deutschlandpolitischen Optionen der Kirchen immer wieder die Frage nach der geschichtlichen Schuld des deutschen Volkes auf, insbesondere auf dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Folgen. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Institutionen haben die Kirchen die Schuldfrage wachzuhalten versucht und von Anfang an gegen die gängige Strategie der Schuldabwehr argumentiert. Sich selbst haben die Kirchen keineswegs von der Frage nach ihrer spezifischen Mitschuld suspendiert, ganz im Sinne der essentiell christlichen Auffassung, daß vor dem Aufweis von Fremdschuld immer die Einsicht in die eigene Schuld, hier die Einsicht in die kirchliche Mitschuld am Irrweg des deutschen Volkes, stehen muß. Über die Frage, wie die spezifische Schuld

der Kirchen zum Ausdruck zu bringen und welche Schlußfolgerungen aus solcher Schulderkenntnis zu ziehen seien, gingen die Meinungen im deutschen Protestantismus bald nach dem Kriegsende ziemlich auseinander. War ein Schuldbekenntnis eher im prinzipiellen Sinne zu fassen und zu sprechen, jeweils im konkreten Blick auf die Adressaten als Bitte um Vergebung vor Gott zur Wiederherstellung zerstörter Gemeinschaft zu formulieren? Dieser Weg wurde mit der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 gewählt, die die Vertreter der EKD vor den Vertretern aus der Ökumene abgaben. Oder mußte man darüber hinausgehen und Formen der Schuld wie Formen der Umkehr konkret benennen, damit der in Stuttgart angesprochene neue Anfang nicht ein bloßes Postulat blieb? Diesen von Anfang an sehr kontrovers beurteilten Schritt über Stuttgart hinaus beschritt der Bruderrat der EKD, der aktive Kern der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller, maßgeblich beraten von dem Schweizer Theologen Karl Barth, der bis zu seiner Vertreibung aus Deutschland im Jahr 1935 eine herausragende Rolle bei der Formierung der kirchlichen Opposition gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung der Kirche gespielt hatte. Das Bemühen um eine gesellschaftspolitische Konkretion der Schulderkenntnis der evangelischen Kirche fand seinen Niederschlag im sogenannten Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947. Die Schuld der Deutschen und die Schuld der Kirche wurden hier als Ergebnis einer bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Geschichte des Versagens vor den Herausforderungen der Zeit interpretiert.

Die Kirche habe sich, so muß man interpretieren, stets mit den Kräften des Konservatismus, der Restauration und des Nationalismus verbündet und die Interessen der Mächtigen gestützt, statt sich den wahren Nöten der Menschen zu stellen. Sie sei blind gewesen für die menschenwürdige Gestaltung des Diesseits und habe sich mit verhängnisvollen Fernwirkungen antiliberal, antirevolutionär, antidemokratisch und antisozialistisch verhalten bzw. vereinnahmen lassen. Im Rekurs auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934, das maßgebliche Bekenntnisdokument gegen den Nationalsozialismus in der Kirche, rief das Darmstädter Wort zur Umkehr zum Evangelium auf und verknüpfte diese Umkehrforderung mit der Absage an die Parole vom christlichen Abendland und der Forderung nach einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung der evangelischen Kirche an Haupt und Gliedern.

Das Darmstädter Wort ist bis zum heutigen Tag ein hart umstrittener und angefochtener Text geblieben. Seine Wirkungsgeschichte verlief außerordentlich ambivalent, es ist von den unterschiedlichsten Gruppierungen in Anspruch genommen und rezipiert worden. In Westdeutschland hat es faktisch die Annäherung zwischen Teilen der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie fördern können und die politische Meinungsbildung des linken Spektrums des Protestantismus geprägt. In Ostdeutschland haben sich zunächst nur Minder-

heiten auf das Darmstädter Wort bezogen, unter ihnen auch Theologen und Pfarrer, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR einschränkungslos befürworteten und sich so zu Helfershelfern der SED-Kirchenpolitik entwickelten. In kirchenamtlichen Äußerungen wurde – und das bis zum Schluß – weitaus häufiger die Stuttgarter Erklärung zitiert, und das auch dann, als sich der Bund der Evangelischen Kirchen auf den Lernweg einer Kirche im Sozialismus gewiesen sah. Für die Bejahung des staatspolitischen Grundziels der DDR, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, bot freilich das Darmstädter Wort legitimierende Aussagen, auf die häufig hingewiesen wurde. Abschnitt 5 spielte hier eine herausragende Rolle:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

Neben dieser These, die als Ermutigung zu einem neuen Dialog und zur Kooperation zwischen Christen und Marxisten gelesen werden konnte, war es vor allem die erklärte Absage an die Schwarzweißzeichnung des Ost-West-Gegensatzes, die das Darmstädter Wort anziehend machte. Obwohl es den Antikommunismus nicht explizit verwarf, mußte es von seinem Gesamtduktus her als Absage an den Geist des Antikommunismus verstanden werden. Man würde die äußerst differenzierte Sachlage schablonisieren, wenn man eine direkte Linie vom Darmstädter Wort zur Programmformel „Kirche im Sozialismus“ zöge. Das Darmstädter Wort ist ein wichtiges Dokument der kritischen Selbstbesinnung des Nachkriegsprotestantismus, auch wenn man Gründe genug findet und schon damals finden mußte, die gewählte Form und das Gefälle der Argumentation zu problematisieren. Die Autoren von Darmstadt haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die SED-Diktatur ihren Vorstellungen von einem künftigen deutschen Staatswesen widersprach, „... das dem Recht der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“. Andererseits haben sie und ihre Sympathisanten die Verhältnisse hinter dem eisernen Vorhang in ihrer komplexen Tragik häufig relativiert. Die Absage an den Geist des Antikommunismus hatte Denkverbote zur Folge, die es langfristig verhinderten, die Lage im Osten Europas in der Perspektive der Opfer des Kommunismus wahrzunehmen. Die in den intellektuellen Eliten des Westens insgesamt verbreitete Mentalität eines „Anti-Antikommunismus“ fand in den evangelischen Kirchen vielfältig Widerhall und hat hier die gebotene Realitätswahrnehmung nachhaltig getrübt. Dem korrespondierte allerdings eine weitreichende Wahrnehmungstrübung auf seiten derer, die es immer schon besser wußten und aus dem Ost-West-Konflikt ebenfalls eine ungebrochene Selbstaufwertung der eigenen politischen Präferenzen ableiteten. Auch hier

gibt es interessante wechselseitige Stabilisierungen. Auf diese Weise ist die Schuldfrage vielfältig instrumentalisiert worden. Statt der Selbstprüfung zu dienen, wurde sie meist entweder als Instrument der Selbstlegitimierung gehandhabt oder aber als Waffe der Delegitimierung abweichender politischer Positionen mißbraucht. Mit anderen Worten – und dabei bin ich beim Heute -: Der Ost-West-Konflikt ist der Aufarbeitung unserer deutschen Schuldgeschichte schlecht bekommen und hat zu Schädigungen der politischen Orientierungsfähigkeit geführt, die zu durchschauen wir noch viel Zeit und Geduld benötigen werden – in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ich danke Ihnen und bitte um Nachsicht für diesen Schlußsatz. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich bitte, jetzt die Fragen zu stellen und darum, deutlich zu machen, an welchen der beiden Referenten diese Frage gestellt werden soll. Ich werde danach beide bitten, darauf zu antworten. Es beginnt der Kollege Meckel.

**Abg. Meckel (SPD):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie sind u. a. bekannt als ein Gegner der Bemühungen zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen. Ich würde darum bitten, daß Sie noch einmal kurz Ihre damaligen Argumente darstellen, mit denen Sie gegen die Gründung des Bundes votiert hatten, und diese kurz angesichts der zwanzigjährigen Geschichte des Bundes reflektieren. Ich weiß nicht, ob das kurz geht, aber ich wäre für einige Bemerkungen in dieser Richtung dankbar. Ich würde eigentlich die umgekehrte Frage an Werner Krusche stellen wollen, vielleicht kann er heute abend in der Diskussion dazu etwas sagen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Beintker. Sie haben sehr interessant über die inneren Reflexionen der Schuldfrage in bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus in Ost und West referiert. Welche Konsequenzen könnte dies haben oder welche Folgerungen könnte man ziehen für eine in den östlichen Kirchen stattfindende Diskussion, ob ein Schuldbekenntnis über die 40 Jahre Kirche in der DDR nötig ist?

**Vorsitzender Eppelmann:** Frau Dr. Wilms bitte.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Ich glaube, meine Frage geht mehr an Herrn Beintker, vielleicht auch an beide Herren. Sie haben, auch in dem Referat von Herrn Jüngel, viel von der Barmer Erklärung, dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und dem Darmstädter Wort gesprochen. Was mich bewegt, ist, warum nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit, mit der NS-Diktatur, nicht doch deutlichere Worte gegen die zweite Diktatur in Deutschland gefunden worden sind, als man sie gefunden hat. Das ist für mich eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort weiß. Damit wir uns jetzt recht verstehen: Da ich aus dem Westen bin, möchte ich betonen: Ich sitze nicht auf dem hohen Roß und möchte hier nicht als Pharisäer gelten, denn ich weiß nicht, wie wir uns alle verhalten hätten, wenn uns in der Altbundesrepublik eine neue Diktatur beschert worden wäre. Ich sage das gleich hinzu, damit die